

Alice Teichova, *Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei 1918–1980*, Wien, Köln u. Graz: Böhlau Verlag 1988.

Die jüngsten Veränderungen und aktuellen Probleme der ehemals kommunistischen Staaten Ostmitteleuropas werfen eine Reihe von Fragen nach den historisch gewachsenen Bedingungen und den unterschiedlichen Entwicklungen auf. Soziale und wirtschaftliche Themen stehen dabei im Vordergrund. Umso erstaunlicher ist es, daß gerade diese Bereiche von der westlichen Geschichtswissenschaft weitgehend ausgespart wurden, was vor allem für die vergleichsweise hoch industrialisierte Tschechoslowakei zutrifft. Es gibt nur wenige qualitätvolle Publikationen und noch weniger Experten für die neuere Wirtschafts- und Sozialgeschichte dieses Landes.

Alice Teichova, eine Engländerin Wiener Herkunft, die bis 1968 zwei Jahrzehnte Wirtschaftsgeschichte in Prag lehrte und seitdem in Großbritannien lebt, gehört international zu den wenigen Fachleuten für die ökonomische Entwicklung der Tschechoslowakei im 20. Jahrhundert. Bekannt geworden durch Arbeiten über die Wirtschaftsbeziehungen in Ostmittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit und durch Studien zur ökonomischen „Vorgeschichte“ des Münchner Abkommens, legte Teichova kurz vor der sanften Revolution auf 143 Seiten einen knappen und sachlichen Überblick über die Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei von 1918 bis 1980 in deutscher

Sprache vor, der zugleich auch englisch erschien (*The Czechoslovak Economy 1918–1980*, London u. New York: Routledge 1988).

Die Darstellung, die insgesamt 44 Tabellen und Schaubilder enthält, wird durch das Jahr 1945 in zwei gleich große Abschnitte geteilt, von denen der erste Teil mehr systematisch, der zweite stärker chronologisch aufgebaut ist. Die Entwicklung der Ersten Tschechoslowakischen Republik wird in Kapiteln über demographische Aspekte, die soziale Schichtung und das bekannte hohe Bildungsniveau, über die einzelnen Wirtschaftssektoren (einschließlich Außenhandel, Bank- und Kommunikationswesen) und über die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Staates vorgestellt.

In der ČSR, die nach 1918 mit den besten Startbedingungen unter den habsburgischen Nachfolgestaaten begann und durch eine erfolgreiche Deflationspolitik die ersten Nachkriegsjahre meisterte, florierte eine wachstumsorientierte Produktionsgüterindustrie westeuropäischen Niveaus und eine effiziente, wenn auch stark spezialisierte Landwirtschaft. Der dadurch verzögerte oder unterbliebene notwendige Strukturwandel wurde so erst unter schwierigen Bedingungen während der Weltwirtschaftskrise eingeleitet. Zusammen mit den Einbrüchen im Export führte dies zu lang anhaltenden Krisenerscheinungen. Der hohe Kartellierungsgrad in fast allen Branchen wurde durch staatliche Maßnahmen seit 1929 weiter erhöht, die Stellung der Banken noch gestärkt. Die Intensität der Staatsinterventionen

erreichte damit ein für eine Marktwirtschaft ungewöhnliches Maß.

Die tschechoslowakische Wirtschaft wurde vor 1938 von der Regierung in sehr viel engeren Bahnen geführt, als allgemein bekannt oder heute in der ČSFR den meisten bewußt ist. Das nationalsozialistische Deutschland, das schon vor 1938 über Kartelle – weniger über Direktbeteiligungen – Einfluß auf die tschechoslowakische Wirtschaft gewonnen hatte, hatte es nach der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren somit relativ leicht, diesen Raum rasch in seine Kriegswirtschaft einzugliedern.

Die Dominanz des Staates gegenüber der Wirtschaft kam erst recht nach dem Zweiten Weltkrieg zum Tragen. Eine völlige Rückkehr zur Marktwirtschaft fand nach 1945 nicht mehr statt. Die (noch demokratische) Tschechoslowakei führte 1946 als erste hochindustrialisierte Volkswirtschaft mit dem Zweijahresplan eine zentrale Wirtschaftslenkung ein. Während die Vertreibung der Deutschen die industrielle Entwicklung, den Export und die Inlandsnachfrage in den fünfziger Jahren zurückwarf, brachte die Steigerung der Frauennarbeit in den sechziger und siebziger Jahren den benötigten Arbeitskräftezuwachs.

Entscheidend waren aber nach der kommunistischen Machtübernahme die schnelle Verstaatlichung von Großbetrieben und Banken und der zwischen 1951 und 1954 radikal vorangetriebene soziale und gesellschaftliche Nivellierungsprozeß. Die Auflösung der

Klein- und Mittelbetriebe und die fast hundertprozentige Kollektivierung der Landwirtschaft unterschied die kommunistische Tschechoslowakei nicht nur von ihren Nachbarstaaten Polen und Ungarn, sondern führte hinsichtlich Wirtschaft und Gesellschaft zur „weitestreichenden Nivellierung aller mittel- und südosteuropäischen Ökonomien, inklusive der UdSSR“ (S. 94). Die Gehaltsabstufungen zwischen gelernten, angelernten und ungelernten Arbeitern und anderen Berufstätigen waren Mitte der sechziger Jahre nahezu aufgehoben und das Einkommen vom Bildungsniveau weitgehend abgekoppelt.

Die verschiedenen Phasen der Planwirtschaft, die stets auch Reaktionen auf Wachstums- und Anpassungsprobleme bzw. Krisen waren, schränkten mit Ausnahme der überwiegend Theorie gebliebenen Reformüberlegungen der sechziger Jahre den Handlungsspielraum der tschechoslowakischen Wirtschaft kontinuierlich ein und führte zu einer verdeckten Dauerkrise. Zu den defizitären Bereichen gehörten neben der Konsumgüterindustrie und dem Außenhandel in konvertiblen Währungen – beides Bereiche, die stärker als in anderen Planwirtschaften ausgebaut waren – vor allem das Verkehrs- und Kommunikationswesen, der Wohnungsbau und andere Dienstleistungen.

Gerade der tertiäre Sektor blieb in den staatssozialistischen Planungen permanent unterbewertet und hinkte weit hinter dem Stand industrialisierter (westlicher) Gesellschaften her, unter anderem da Dienstleistungen nicht

zu den förderungswürdigen „produktiven“ Wirtschaftszweigen gezählt wurden. Teichova macht deutlich, welche Probleme die praktizierte marxistische Theorie auch für die Statistik und damit für die Forschung und die internationale Vergleichbarkeit wirtschaftlicher Daten bedeuten. Eine brauchbare Feststellung und Bewertung des Bruttosozialprodukts, des Nationaleinkommens etc. wurde und wird so beispielsweise erschwert.

Der 1988 auch für Wirtschaftshistoriker – trotz aller Analysen des Prognostischen Instituts in Prag – nicht vorhersehbare Zusammenbruch des kommunistischen Systems in der Tschechoslowakei und ganz Osteuropa erhöht die Relevanz und Abgeschlossenheit der Darstellung von Teichova, legt aber auch die Schwächen offen. Das Hauptgewicht der Studie liegt auf der ökonomischen Makroebene und auf Statistiken mit hohem Aggregationsniveau. Während die Rolle des Staates treffend geschildert, und immer wieder auf das innerstaatliche West-Ost-Gefälle, auf die sich wandelnden Unterschiede zwischen den böhmischen Ländern (stets „tschechische Länder“ genannt) und der Slowakei hingewiesen wird, bleiben regionale Aspekte unberücksichtigt. Auch für einen Vergleich mit anderen ostmitteleuropäischen Planwirtschaften bleibt nur wenig Raum.

Da die Arbeit mit dem Jahre 1980 endet, wird auf den rasanten technologischen Wandel der achtziger Jahre, von dem die Comecon-Staaten ausgeschlos-

sen blieben, der aber die Schere weiter öffnete, nicht mehr eingegangen.

Die zwei größten Mankos der Studie sind jedoch das zu traditionelle und enge Verständnis von dem, was Wirtschaft umfaßt, und die Tatsache, daß der jüngsten Zeit, also den Jahren der „Normalisierung“ zwischen 1969 und 1980 kaum mehr als drei Seiten gewidmet sind. Sowohl die Wechselwirkungen mit politischen Fragen wie auch sozialhistorische Momente oder die Rolle der Gewerkschaften z.B. kommen zu kurz. Zu wenig erfährt man über wirtschaftliche Auswirkungen der Umweltverschmutzung, über die Entwicklung des Lebensstandards und das Konsumverhalten, über Kapital- und Arbeitsproduktivität, die Schattenwirtschaft, über Schwarzarbeit und Schwarzmarkt. Kaum wird das „Leben von der Substanz“, das Aufbrauchen der Ressourcen während der letzten beiden Jahrzehnte thematisiert. Vor allem aber fehlen Ausführungen über die suboptimale „sekundäre“ Rationalität aller Wirtschaftssubjekte und ihre Strategien als Reaktion auf die Vorgaben und Sachzwänge der Planwirtschaft. Ausgeblendet bleiben die besonderen ökonomischen Verhaltensweisen und Mentalitäten in den verschiedenen Wirtschafts- und Lebensbereichen und andere Fragen, die für die anstehende Überleitung der tschechoslowakischen Wirtschaft und Gesellschaft in eine Marktwirtschaft unter demokratischen Bedingungen ausschlaggebend sein werden.

Auf Grund der sachlichen und ge-

schlossenen Darstellung ist das Buch von Teichova als Einführung in die ökonomische Entwicklung der Tschechoslowakei oder als Kurzinformation für Studenten und andere Interessenten unbedingt empfehlenswert.

Robert Luft, München

David Warren Sabean: *Property, production, and family in Neckarhausen, 1700–1870* (Cambridge studies in social and cultural anthropology 37), Cambridge University Press 1990.

Der amerikanische Historiker D. Sabean legt mit diesem gut bebilderten und auch hinreichend mit Tabellen ausgestatteten Buch den ersten Band seiner Studien über das schwäbische Dorf Neckarhausen vor. Es dokumentiert seinen – in mehrjähriger Forschung unternommenen – Versuch, anthropologische Perspektiven für die Rekonstruktion der dörflichen Lebenswelt nutzbar zu machen. In methodischer Hinsicht artikuliert sich dieser Brückenschlag in einem gelungenen Nebeneinander von quantitativen Analysen der sozioökonomischen Entwicklung und dem Eindringen in die dörflichen Handlungsweisen mit den Mitteln der „dichten Beschreibung“ (Geertz). Dieser ethnographische Akzent seiner Forschungen verhindert jene nivellierende statistische Analyse, die die für ihn maßgeblichen relationalen Aspekte von Individuum, Haushalt und Familie ignorieren würde. Denn nur die Rekonstruktion der sozialen Bezüge, in denen Personen und Haushalte einge-

bunden waren, erlaubt es in seinen Augen, die eigentliche Logik von Produktion und Reproduktion in einer Fallstudie zu erschließen. (S. 30)

Die am Beginn des Buches stehende Reflexion über seine methodischen Prinzipien ist für D. Sabean keinesfalls Selbstzweck, sondern wesentliche Voraussetzung für fruchtbare inhaltliche Arbeit, was dieses Buch nachdrücklich beweist. Mit einer phantasievollen Auswertung vor allem von Gerichtsakten, Kaufbüchern, Inventaren und der genealogischen Verflechtung konnte er seine These überzeugend belegen, daß die interpersonellen Beziehungen innerhalb der dörflichen Gesellschaft weitgehend durch Besitz und die damit verbundenen Verbindlichkeiten bestimmt waren. Sehr beeindruckend an seiner Darstellung ist der gelungene Versuch, die Wirkungsmächtigkeit dieses Einflußfaktors bis in die emotionalen Bereiche hinein empirisch nachzuweisen. (S. 124 ff.) Diese Reichweite der in ihrem relationalen Charakter begriffenen Kategorie Besitz – „(...) property is not a relationship between people and things but one between people about things (...)“ (S. 17 f.) – läßt sich für einen Außenstehenden aber nur vor dem Hintergrund der württembergischen Vererbungspraxis angemessen zuordnen. Diese Vererbungspraxis charakterisiert D. Sabean durch zwei zentrale Elemente: erstens eine penibel eingehaltene Realteilung, bei der alle Kinder, Söhne und Töchter gleiche Anteile an Mobilien und Immobilien erhielten (S. 13 ff.), zweitens eine